

Aufruf

zur gewaltfreien Abrüstung des Atomwaffenstandorts Büchel im August 1999

Wir sind im Kalten Krieg dem
atomaren Holocaust nur durch
eine Mischung von Sach-
verstand, Glück und göttlicher
Fügung entgangen, und ich
befürchte, das letztere hatte
den größten Anteil daran.

General George Lee Butler

Das Ende des Kalten Krieges hat die vielleicht einmalige Chance eröffnet, die Atomwaffen weltweit zu beseitigen und zu ächten. Dieses Ziel hat sich die Kampagne **Abolition 2000** gesetzt. **Abolition 2000** ist ein weltweites Netzwerk von über tausend Friedensinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, das bis zum Jahr 2000 eine Völkerrechtskonvention zustandebringen will, in der sich die Regierungen verpflichten, sämtliche Atomwaffen zu beseitigen sowie ihre Herstellung, Aufstellung und ihren Einsatz völkerrechtlich zu verbieten. Selbstverständlich würde die praktische Umsetzung einer derartigen Konvention Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, rufen wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Aufforderung, öffentlich dazu auf, sich an einer Aktion des zivilen Ungehorsams in Büchel (Südeifel) zu beteiligen. Dabei handelt es sich um eine sogenannte Entzäunungsaktion, bei der die Teilnehmer einige Meter Zaun entfernen, um – symbolisch und zugleich konkret – einen ersten Abrüstungsschritt durchzuführen, indem sie das Gelände des Atomwaffenstandorts öffentlich zugänglich machen. Den rechtlichen Folgen ihres Handelns werden sie sich nicht entziehen. Sie werden die Sicherheitskräfte oder andere Personen nicht gefährden, bedrohen oder beschimpfen. Mit ihrer Aktion wollen sie – wie schon mit den beiden ersten Aktionen im Jahre 1997 – die Forderung »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen« in die Öffentlichkeit und in die Gerichtssäle tragen und die politisch Verantwortlichen an ihre im Koalitionsvertrag niedergelegten Vereinbarungen erinnern. Dort heißt es unter anderem:

»Die kontrollierte Abrüstung von atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen bleibt eine der wichtigsten Aufgaben globaler Friedenssicherung. Die neue Bundesregierung hält an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und wird sich in Zusammenarbeit mit den Partnern und Verbündeten Deutschlands an Initiativen zur Umsetzung dieses Ziels beteiligen. In bestimmten Situationen kann ein einseitiger Abrüstungsschritt verantwortbar sein und eine sinnvolle Abrüstungsdynamik in Gang setzen. ... Zur Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag wird sich die neue Bundesregierung für die Absenkung des Alarmstatus der Atomwaffen sowie für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen einsetzen. ... Die neue Bundesregierung unterstützt Bemühungen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen.«

Die beiden Aktionen von 1997 haben zu Strafprozessen geführt, die – sofern abgeschlossen – mit Geldstrafen wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch endeten. Das geschah auch in den Strafprozessen wegen Entzäunungsaktionen am **EUCOM** (European Command) bei Stuttgart, der Kommandozentrale für die amerikanischen Streitkräfte in Europa und weit darüber hinaus. Über siebzigmal wurden bisher gewaltfreie Atomwaffengegnerinnen und -gegner wegen solcher Aktionen verurteilt, neun von ihnen haben demonstrativ die Ersatzfreiheitsstrafen im Gefängnis verbüßt.

Im Zuge eines dieser Prozesse hat es das Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen abgelehnt, sich mit der Rechtmäßigkeit der Lagerung von Atomwaffen zu befassen, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Juli 1996 in einem Rechtsgutachten festgestellt hat, daß die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen als generell völkerrechtswidrig anzusehen ist. Wir fordern, daß das Bundesverfassungsgericht sich endlich inhaltlich mit der Frage beschäftigt und seine bisherige Rechtsprechung zu Massenvernichtungswaffen revidiert.

Aktuell bestärkt fühlen wir uns durch eine Rede von General George Lee Butler, einem ehemaligen Oberbefehlshaber der US-Atomstreitmacht, die er im März dieses Jahres in Kanada hielt. Lee Butler fordert heute die vollständige nukleare Abrüstung, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß »Kernwaffen der Feind der Menschheit« sind, daß atomare Abschreckung »das Ergebnis von Furcht, Ignoranz und Gier, von Egoismus und Machtstreben, von Glücksspiel und Profitsucht« ist, und er stellt mit Entsetzen fest, daß die heutige »Kernwaffenpolitik der Vereinigten Staaten fast identisch ist mit der von 1984 unter Ronald Reagan, daß unsere Streitkräfte mit ihrer ständigen Einsatzbereitschaft effektiv dieselben sind wie auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. ... Die führenden Politiker der Kernwaffenstaaten laufen heute Gefahr, von künftigen Historikern als ihres Zeitalters unwürdig beurteilt zu werden, weil sie die Chancen, die unter großen Opfern und Kosten eröffnet wurden, nicht genutzt haben, weil sie das nukleare Wettrennen auf der Erde wieder in Gang gesetzt haben, weil sie die Menschheit dazu verdammen, unter dem ständigen Damoklesschwert der Angst zu leben.«

General Butler ist der denkbar glaubwürdigste Zeuge für die verantwortungslose amerikanische Atomwaffenpolitik. Mit seiner Rede fegt er alle Illusionen darüber hinweg, daß die Gefahr des nuklearen Holocaust mit dem Ende des Kalten Krieges gebannt sei.

Die Unterschrift unter den Aufruf stellt einen Akt des zivilen Ungehorsams dar. Nach § 111 StGB wird die »Öffentliche Aufforderung zu einer Straftat« wie die Straftat selbst verfolgt. Sollte sich die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung entschließen, ist ein Strafbefehl von rund 20 Tagessätzen zu erwarten (1 Tagessatz = 1/30 des Monatseinkommens). Wird Widerspruch eingelegt, kommt es zu einer Gerichtsverhandlung, was die Chance auf Öffentlichkeitswirkung weiter erhöht.

Name, Adresse

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an: Dr. Wolfgang Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart



Erstunterzeichner/innen: Inge Ammon, Fürstfeldbruck · Martin Arnold, Pfarrer, Essen · Jan Barga, Emden
Detlef Beck, Bad Oeynhausen · Dr. med. H. Bilges, Isernhagen · Bernd Brack, Essen · Dr. Dieter W. Brücke, VLRI
a.D. · Bergen · Prof. Dr. Andreas Büro, Grävenwiesbach · Angelika Detel, Stuttgart · Dr. Claudia Friedel, Berlin
Achim Gerhard-Kemper, Essen · Gabriele Giesecke, Essen · Crika und Wolfgang Glahn, Bad Vilbel · Leonie
Glahn-Eijkeme, Hanau · Eva und Günter Haag, Hambühren · Carsten Haan, Tübingen · Sigi Harbich, Gießen
Sebastian Hau, Bonn · Heldrun Hartmann, Oberschleißheim · Dr. Eva Huenges, Villingen · Heike Huschauer,
Bad Oeynhausen · Hanna Jaskolski, Erfstadt · Elisa Kauffeld, Sillenstede · Peter Köster, Essen · Dedo v. Krosigk,
Hannover · Frits ter Kuile, Amsterdam · Karlheinz Lipp, Pfarrer, Coburg · Elizabeth Lempp, Stuttgart · Günther
Lott, Raunberg · Uli Macher, Essen · Frank Meyer, Solingen · Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Berlin · Maria
Oberländer, Stephanskirchen · Alexis J. Passadakis, Bonn · Hanno Paul, Bünde · Uta Pfefferle, Freiburg · Doris
Pfeiffer, Essen · Johannes Philipp, Berlin · Angelika Quade, Karlsruhe · Ilse Reihort, Stuttgart · Ilse Rendtorff,
Kronshagen · Bergrun Richter, Frauen für den Frieden, Giessen · Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Giessen
Martin Röcker, Kressbronn · Sepp Rottmayr, München · Paul Rußmann, Dipl.-theol., Stuttgart · Gertrud
Schilling, Nordstrand · Michael Schmid, Gammertingen · Rolf-Peter Schulcr, Volkach · Martin Singe, Bonn · Ilse
Staudé, Pfarrerin, Staufenberg · Richard Steinhauser, Sigmarszell · Gisela und Dr. Wolfgang Sternstein,
Stuttgart · Johannes Sternstein, Stuttgart · Alois Stoff, Essen · Olaf Swillus, Essen · Hermann Theisen,
Heidelberg · Jan Thiele, Braunschweig · Klaus Vack, Sensbachtal · Gaby Vellen, Essen · Martin Walser, Überlingen
· Maren Witthoefft, Dipl.-pol., Stuttgart · Wolf-Dieter Wiebach, Berlin · Dr. Renate Wieland, Kronberg
Frank Winkler, Dipl. Wirtschaftsing., München · Dr. med. Irmgard van Zanten, Ditzingen-Schöckingen